



Dr. Johann Wadephul

Mitglied des Deutschen Bundestages

Newsletter 41 vom 06.03.2020

2015 darf sich nicht wiederholen – Im internationalen Rahmen für eine politische Lösung in Syrien arbeiten

Der türkische Präsident Erdogan hatte am Samstag angekündigt, Flüchtlinge, die sich in Richtung EU aufmachen, nicht mehr an der türkischen Grenze aufzuhalten. Er begründete diesen Schritt damit, dass die EU sich nicht an den im März 2016 geschlossenen Flüchtlingspakt halte. Dieser sieht vor, dass die Türkei illegale Migranten vom Weg in die EU abhält. Die EU versprach der Türkei im Gegenzug Milliardenhilfen, eine beschleunigte Visa-Erleichterung und die Modernisierung der Zollunion. Hintergrund für Erdogans Entscheidung ist die militärische Eskalation in der syrischen Provinz Idlib. Syriens Machthaber Assad versucht derzeit mit militärischer Unterstützung Russlands, die letzte Rebellenhochburg unter Kontrolle zu bekommen. Deswegen wurden rund 950.000 Zivilisten Richtung Norden an die türkische Grenze vertrieben.

Meine Meinung

Präsident Erdogan benutzt die Flüchtlinge in der Türkei, um die EU unter Druck zu setzen. Das ist absolut inakzeptabel. Präsident Erdogan hat die an der Grenze ausharrenden Flüchtlinge durch falsche Versprechungen in eine verzweifelte Situation gebracht. Ich bin Bundeskanzlerin Angela Merkel sehr dankbar, dass sie in dieser Frage sehr schnell und deutlich Stellung gegenüber dem türkischen Präsidenten und seiner Politik bezogen hat. Klar ist: Die Geschehnisse des Jahres 2015 dürfen sich nicht wiederholen. Aus diesem Grund müssen nun zeitnahe Lösungen gefunden werden.

Dazu müssen wir auf unterschiedlichen Ebenen tätig werden:

1. Griechenland braucht die Unterstützung der EU beim Schutz seiner Grenze zur Türkei. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat zurecht klar gemacht, dass die griechische Grenze eine EU-Außengrenze ist. Die Stärkung der Frontex-Präsenz vor Ort und die Bereitstellung weiterer Finanzmittel zur Verbesserung des Migrationsmanagements und der Infrastruktur ist ein wichtiger Schritt, um die Situation der Flüchtlinge vor Ort zu verbessern.
2. Die EU muss als Einheit agieren und darf sich nicht von Erdogan erpressen lassen. Gleichzeitig muss die Türkei bei der Versorgung und Unterbringung der 3,6

Millionen Flüchtlinge im Land unterstützt werden. Möglich wäre dies durch weitere Verhandlungen zum EU-Türkei-Abkommen von 2016. Grundvoraussetzung dafür ist, dass die Türkei die bestehenden Regelungen des Abkommens einhält und sich zum Abkommen klar bekennt. Das Abkommen hat sich bei der Bewältigung der Herausforderungen durch die Flüchtlingsbewegungen bewährt und darf nicht aufgegeben werden.

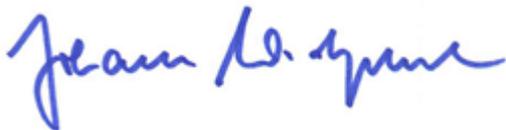
3. Schon jetzt mehren sich Forderungen, Flüchtlinge aus der türkisch-griechischen Grenzregion und aus umkämpften Regionen in Syrien nach Europa zu holen. Dabei wird oft übersehen, dass viele derjenigen Menschen, die nun über die türkische Grenze nach Griechenland gelangen wollen, bereits seit Monaten oder gar Jahren in vergleichsweise sicheren Verhältnissen in der Türkei leben. Die sichere Unterbringung in der Türkei dient dazu, um die Perspektive für eine Rückkehr in die Heimatländer zu erhalten und Migrationsbewegungen nach Europa zu reduzieren und besser zu regeln. Die grundsätzliche Entscheidung darüber, Flüchtlinge nach Europa zu holen, muss eine einheitliche Regelung über deren Verteilung zwischen den europäischen Partnern vorausgehen. Deutschland kann und darf nicht zum vorrangigen Zielort von Migrationsbewegungen sein. Primäres Ziel muss es vielmehr sein, vor Ort eine sichere Zuflucht, eine stabile humanitäre Versorgung und Unterzukunft zu schaffen.

Der jüngst vereinbarte Waffenstillstand in Idlib zwischen Russland und der Türkei eröffnet zumindest die Chance auf Erleichterungen durch humanitäre Hilfen für die Menschen in der Region. Eine nachhaltige Lösung zur Beilegung der Krise in Syrien ist das aber natürlich nicht. Langfristig braucht es eine UN-mandatierte Schutzzone, in der die Menschen sicher sind. Eine solche Schutzzone scheitert im UN-Sicherheitsrat bislang jedoch am Veto Russlands und Chinas.

Ich setze mich auch weiterhin dafür ein, dass es in Syrien zu einem politischen Prozess im Rahmen der Vereinten Nationen kommt, wie es bereits in mehreren Resolutionen des Weltsicherheitsrates beschlossen worden ist. Nur auf diese Weise werden die Menschen in Syrien einen dauerhaften Schutz und sichere Lebensverhältnisse finden.

Herzlichst

Ihr



Johann David Wadephul